

Annoncen:
Annahme-Büroaus.
In Bönen außer in der
Siedlung dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17.)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Gräf bei L. Steiner,
in Neuried bei H. Matthes,
in Wreschen bei J. Jäckel.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 128.

Das Abonnement auf dieses täglich erscheinende Blatt beträgt jährlich für die Stadt
Wittenberg, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bedenken nehmen alle Postanstalten des Deutschen
Reiches an.

Mittwoch, 20. Februar.

Annoncen:
Annahme-Büroaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei S. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Adolph Moß.

In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenpark“.

Unter 20 Pf. die schärfspaltete Partie über deren
Rax, Rellamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittag angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 19. Februar. Den Oberlehrern Dr. Dahms und Dr. Richter am Altenischen Gymnasium in Berlin, dem Oberlehrer Dr. Ritsche am Leibniz-Gymnasium daselbst, sowie dem Oberlehrer Dr. Bohnstedt am Gymnasium in Luckau ist das Prädikat Professor beigelegt worden. Der praktische Arzt Dr. Schilling zu Schweinitz ist, mit Anweisung seines Wohnsitzes in der Stadt Rotenburg, zum Kreis-Bundarzt des Kreises Rotenburg, und der seitlicher Kommuniarische Verwalter der Kreis-Bundarztstelle des Kreises Uelzen, praktische Arzt Dr. Carl Halle zu Ebstorf definitiv zum Kreis-Bundarzt des Kreises Uelzen ernannt worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung.

Berlin, 19. Februar. Am Ministerische: v. Puttkamer.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr. Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betr. Ergänzung und Änderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben (Kommunal-Nothsteuer).

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung der Kreis- und Provinzialordnung für Hannover.

Der erste Abschnitt des Kreisordnungsgesetzes handelt von dem Umfang und der Begrenzung der Kreise.

Bei § 1 erhält das Wort

Abg. Dirichlet: Es ist uns gesagt worden, dieses Gesetz entspricht den Wünschen der Hannoveraner und ihres Provinzial-Landtags. Fragt man aber die einzelnen Vertreter Hannovers, so erfährt man, daß sie das Zustandekommen des Gesetzes nicht wünschen. Wie hier in § 1 die Kreise als Verwaltungseinheiten festgestellt sind, sind sie entweder zu klein oder zu groß. Die Abgeordneten aus Hannover haben bei der ersten Leistung dies selbst zugestanden — wenn sie jetzt anderer Meinung sind und der Vorlage zustimmen wollen, so möchte ich ihnen eigentlich die Vorlage gönnen (Heiterkeit), aber materiell muß ich mich gegen diese Vorlage erklären, da bei den allzu großen Kreisen, die örtliche Polizeiverwaltung und besonders ein wesentlicher Vorteil der 2. Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die unmittelbare Berührung zwischen Verwaltungsrichter und Partei verloren geht. Das ist der Hauptgrund, aus welchem meine Freunde gegen die in § 1 festgesetzte Kreisbildung stimmen werden.

Abg. Dr. Brügel: Meine Kollegen aus Hannover werden sich, wie ich annnehmen darf, jetzt mit dem, was die Kommission vorgeschlagen, einverstanden erklären — trotzdem sie Anfangs gegen die Vorlage mancherlei Bedenken hatten. In der vorliegenden, von der Kommission geschaffenen Gestalt ist die Vorlage derartig, daß ich durchaus zustimmen kann, nicht um Gutes für Hannover zu erhalten, sondern um Schlimmeres zu verhindern.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Ich will im Vorraus erklären, daß ich für meine Person allein spreche, nicht für meine Partei, von deren Ansicht ich, wie es ja leider oft geschieht, in dieser Frage abweiche. Den Bestimmungen dieser Vorlage kann ich mich nicht anschließen, denn die Kreise, die hier geschaffen werden, sind so klein, daß wir wirklich vor der Frage stehen: ist das denn noch überhaupt eine Selbstverwaltung? Oben und unten herrscht Bürokratie, in der Mitte ist wohl noch ein wenig kommunales Element vorhanden, welches aber auch bald burokratisch werden wird. Ich bin gegen eine Kreisordnung mit so kleinen Kreisen und ohne Amtsvorsteher.

Minister v. Puttkamer: Die Diskussion zu diesem § 1 erstreckt sich, wie es ja bei der verwandten Materie nicht überraschen kann, gleichzeitig auch auf § 24. Ich werde mich jedoch streng den Bestimmungen der Geschäftsordnung fügen und mit meinen Ausführungen bis zur Diskussion über § 24 warten; ich will Sie nur bitten, aus meinem Stillschweigen bei diesem Paragraphen 1 keinen Schluss auf meine prinzipielle Haltung zu ziehen.

Abg. Hansen tritt den Ausführungen des Abg. Dr. Brügel entgegen. Die hannoveraner könnten durchaus mit dem zufrieden sein, was sie durch die Vorlage erhalten; vor Allem befämen sie die kleinen Kreise, die sie gewünscht hätten. In Holstein sei man der Bevölkerung viel weniger entgegenkommen.

Abg. v. Liebermann: Meine Freunde und ich sind für die Vorlage in der Fassung der Kommission und glauben, daß es durchaus nicht angeht, wenn in den alten Provinzen andere Verwaltungsgrundsätze geltend sind als in den neuen. — Wir wollen den Hannoveranern das uns sehr liebe Institut der Amtsvorsteher nicht aufdrängen, da es für Hannover etwas Fremdes und Neues sein würde. Die Kreisbildung dieses Entwurfes ist erfolgt nach den Vorschlägen der Provinziallandtage Hannovers und dieser Umstand ist doch für die Kreisordnung ein sehr empfehlender.

Abg. Bödiker: Lassen Sie Hannover die Kreisverfassung, die es jetzt hat und bei der es sich wohl befindet, und sehen Sie an die Spize nur ein Oberverwaltungsgericht. Der Wunsch nach Änderung der jetzigen Verhältnisse in Hannover ist erst künftig genährt worden, besonders durch die Regierung, die lange Zeit Batzen hat bestehen lassen und dadurch Missstände geschaffen hat. Aber die Batzen können beseitigt, die Missstände aus der Welt geschafft werden und dann kann es bei den alten Zuständen, die gut sind und keiner Verbesserung bedürfen, auch bleiben.

Abg. Dr. Windthorst: Die Regierung wird mit dieser Vorlage nur das Gegenteil von dem erreichen, was sie erreichen will. Es wird für lange Zeit Unruhe und Unzufriedenheit geschaffen werden. Wenn das Provisorium aufgehoben würde und die alten Zustände wieder in Kraft treten könnten, so würde dies überall freudig begrüßt werden. Sagen Sie, es soll beim Alten bleiben, und Alles ist in Ordnung! Sie wollen Hannover enger mit sich verbinden — aber glauben die Herren in Berlin, daß man die Menschen dadurch gewinnt, daß man das Gegenteil von dem thut, was sie wollen? Regieren Sie Hannover lediglich nach seiner besonderen Eigenthümlichkeit und Sie werden sich die Liebe der Hannoveraner gewinnen. Diese Vorlage aber differiert von dem alten Zustande so bedeutend, daß von einer Verschmelzung — auch einer nur äußerlichen — nicht die Rede sein kann. Für die Herren aus Hannover, die für die Vorlage stimmen, und für den Provinziallandtag wird schon einst der Tag kommen, wo sie den burokratischen Staat, den sie sich augezeichnet haben, arg fühlen werden. Diese Vorlage ist für das alte Hannover das verhängnis-

volle Gesetz, sie ist der Markstein eines Grabs! (Heiterkeit.) — Wie ich zum Schlus zu stimmen habe, wird noch vom Gange der Verhandlungen abhängen; vielleicht wird die Annahme meiner Anträge es mir möglich machen, der Vorlage nicht aus Neuerke zu widersprechen. Ich kann aber nicht für diese Vorlage stimmen, wenn die Provinzialordnung nicht angenommen wird. Gern hätte ich gehofft, daß die Regierung Bedenken getragen hätte, in gegenwärtiger Zeit ein Gesetz von so einschneidendem Charakter einzubringen. Diese Vorlage, das betone ich, ist der erste Schritt auf einem Wege, der auch für die anderen neuen Provinzen von großer Konsequenz sein wird.

Minister v. Puttkamer: Die eben gehörte Rede ist in der That im Stande, mich aus der Reserve herauszutreiben. Herr Windthorst meinte, durch diese Kreisordnung würde eine lang andauernde Unzufriedenheit hervorgerufen werden. Über diese Neuflucht bin ich nicht wenig erstaunt, denn derselbe Provinziallandtag, für den der Vorredner in seinen Anträgen eintritt, hat in zwei Sitzungen die Frage der Kreisordnung erwogen. Wer diese Verhandlungen des Provinziallandtages liest, wird erkennen, daß darin von den pessimistischen Anschaungen des Vorredners nichts enthalten ist, nicht einmal etwas von der Resignation des Abg. Dr. Brügel. Wenn Abg. Dr. Windthorst meint, die Herren aus Hannover und der Provinziallandtag werden noch einmal den burokratischen Staat empfinden, so wundere ich mich, daß er dem Provinziallandtag, der doch sein Ideal ist (Abg. Dr. Windthorst rief: „O nein!“ Heiterkeit), ein so kurzsichtiges Urteil ausspricht. Derselbe Herr Abgeordnete wußt uns vor, die Regierung beabsichtige eine Verhältnisordnung der alten und der neuen Provinzen, sie würde aber nur das Gegenteil erreichen. Ich möchte dabei an das Dichterwort erinnern: „Immer strebe zum Ganzen“ u. s. w. Diese Forderung müssen wir auch an Hannover stellen, eine Scheidung der Monarchie in zwei Hälften kann man doch von uns wahrlich nicht verlangen. Einheit der Monarchie bedeutet auch Einheit der Verwaltung. Wenn Abg. Windthorst verlangt hat, daß die Regierung die Eigenthümlichkeiten Hannovers schonen solle, so hat er übersehen, daß die Regierung gerade in dieser Vorlage die größte Schonung bewiesen hat. Wir haben die eximire Stellung der Städte, die Verwaltung der Polizei durch Staatsbeamte usw. beibehalten und ich glaube, die Herren von Hannover hier im Hause handeln weise, wenn sie der Vorlage zustimmen, während Abg. Windthorst Unrecht hatte, an den unberechtigten Egoismus der neuen Provinzen zu appelliren. Wir wollen mit unseren Vorlagen das Wohl des Landes, nicht ein Opfer der Bevölkerung.

— Wir haben für diese Session nur die Vorlage für Hannover eingebracht, um das Haus nicht allzu sehr zu belasten. Die Vorlagen für die anderen noch ausstehenden Provinzen sind in Vorbereitung und bleiben einer späteren Berathung vorbehalten. Das Interesse der einen gegen das der anderen Provinz aber hier auszuspielen, ist eine Taktik gegen die ich hier Verwahrung einlegen muß (Beifall rechts).

Abg. Lauentstein: Ich kann der etwas resignirten Art, in der Abg. Brügel seine Zustimmung gegeben, nicht beitreten und danke im Gegenteil der Staatsregierung für diese Vorlage. Ich wünsche, daß Hannover die großen Vortheile der alten Provinzen ebenfalls zu Theil werden, welche ich für sehr groß halte. Entgegen meines Kollegen Brügel wünsche ich, daß das Band, welches Hannover mit Preußen verbindet, immer fester werden möge. (Beifall) Die Stimmung in Hannover ist gegenwärtig durchaus für diese Vorlage, selbst die hannoversche Ritterlichkeit, die doch nicht sehr preußenfreundlich ist, hat sich mit der Kreisordnung einverstanden erklärt. Der Provinziallandtag ist einstimmig zu dem Resultat gekommen, daß keine Staatsvorsteher in Hannover eingesetzt werden sollten. Muß deshalb nun die Verwaltung eine burokratische werden? Diese Folgerung wäre doch zu weitgehend. — Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Windthorst, von dem er hofft, daß er schließlich sich doch noch für das Gesetz erklären wird, und tritt dann in detaillierten Ausführungen den Vorwürfen des Abg. Dirichlet gegen die Vorlage entgegen. — Die Vorlage enthält das, was das Interesse Hannovers fordert. Ich wünsche deshalb auch nicht, daß wesentliche Veränderungen mit der Vorlage vorgenommen werden. Wird die Vorlage in der Kommissionsfassung angenommen, so wird sie wohlthätig für Hannover wirken, wenn auch in der Übergangszeit ihre Segnungen gegen die Verwaltung einlegen muß (Beifall rechts).

Abg. Lauentstein: Ich kann der etwas resignirten Art, in der Abg. Brügel seine Zustimmung gegeben, nicht beitreten und danke im Gegenteil der Staatsregierung für diese Vorlage. Ich wünsche, daß Hannover die großen Vortheile der alten Provinzen ebenfalls zu Theil werden, welche ich für sehr groß halte. Entgegen meines Kollegen Brügel wünsche ich, daß das Band, welches Hannover mit Preußen verbindet, immer fester werden möge. (Beifall) Die Stimmung in Hannover ist gegenwärtig durchaus für diese Vorlage, selbst die hannoversche Ritterlichkeit, die doch nicht sehr preußenfreundlich ist, hat sich mit der Kreisordnung einverstanden erklärt. Der Provinziallandtag ist einstimmig zu dem Resultat gekommen, daß keine Staatsvorsteher in Hannover eingesetzt werden sollten. Muß deshalb nun die Verwaltung eine burokratische werden? Diese Folgerung wäre doch zu weitgehend. — Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Windthorst, von dem er hofft, daß er schließlich sich doch noch für das Gesetz erklären wird, und tritt dann in detaillierten Ausführungen den Vorwürfen des Abg. Dirichlet gegen die Vorlage entgegen. — Die Vorlage enthält das, was das Interesse Hannovers fordert. Ich wünsche deshalb auch nicht, daß wesentliche Veränderungen mit der Vorlage vorgenommen werden. Wird die Vorlage in der Kommissionsfassung angenommen, so wird sie wohlthätig für Hannover wirken, wenn auch in der Übergangszeit ihre Segnungen gegen die Verwaltung einlegen muß (Beifall rechts).

Abg. Dr. Köller (Göttingen): Durch die neue Vorlage werden meiner Meinung nach zwar eine Menge Einrichtungen angetastet, die tief in der Gewohnheit der Bevölkerung eingewurzelt sind. So wird namentlich die Regulirung der Wegeberechtigung große Schwierigkeiten bereiten. Aber wie jede Übergangszeit wird auch diese vorübergehen und die Übergabe von den Vortheilen dieser Kreisordnung sich Bahn brechen. Gewundert habe ich mich nur, daß sich Abg. Dr. Windthorst eigentlich gegen die Vorlage ausgesprochen hat, trotzdem aus seinem eigenen Wahlkreise eine Petition vorliegt, welche Befürchtung des jetzigen provisorischen Zustandes in der Verwaltung fordert, da man die Amtsvorsteher nicht halten könne und nicht halten wolle. Ich hätte vielmehr eine Zustimmung des Abg. Windthorst erwartet und kann meinerseits im Großen und Ganzen nur um Annahme der Vorlage bitten.

Abg. Hahn hält die Ansicht für unrichtig, daß durch die Aufhebung des Instituts der Amtsvorsteher die Selbstverwaltung begradigt werde. Bei den Berathungen im Jahre 1872 habe man auch durchaus nicht das Institut der Amtsvorsteher als ein Essential für die Kreisordnung angesehen.

Wenn weiter der Vorschlag gemacht ist, nur ein Oberverwaltungsgericht als höchste Instanz zu schaffen, so kann Redner nicht finden, daß damit die Absicht erreicht sei,

einer Verminderung der Instanzen vorzubeugen. Jedersfalls ist es doch gerechtfertigt, wenn man Alles, was in den östlichen Provinzen als werthvoll anerkannt ist, in geeigneter Weise auch für Hannover übertragen. Aus diesem Grunde bittet Redner, für die Annahme des Gesetzesentwurfes zu stimmen.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn ich auf die anderen Provinzen hingewiesen habe, so geschah es, weil ich nicht ganz klar darüber war, ob die Absicht des Ministers sei, auch für diese die Kreisordnung einzuführen. Ich frage daher: Liegt es in der Absicht des Herrn Ministers und der Regierung, die Ortspolizei in Westfalen, Rheinland, Hessen-Nassau so zu organisieren, daß sie entweder den Amtsvorsteher oder doch solchen Kommunalorganen übertragen wird, die frei gewählt werden in derselben Weise, wie es die Amtsvorsteher waren. (Burufe: in derselben Sinne) in derselben Sinne! Dann wäre jedes Präsidium, das aus der Annahme dieser Vorlage für Hannover gefolgt werden könnte, abgeschnitten. Wenn ich die Herren, die heute für die Vorlage sprechen, früher auf ihr Gewissen gefragt hätte, so hätten sie gewiß geantwortet, daß es

besser sei, wenn es in Hannover bei der Amtsverfassung bliebe. Heute sind die Herren anderer Meinung; aber sie suchen sich zu retten, indem sie sagen: ja, der Übergang wird wohl schwierig sein, aber man gewöhne sich an Alles. Samohl, als dem Fuchs der Pelz abgezogen wurde, sagte er auch: es ist ein Übergang (Heiterkeit), aber er starb daran. Die preußische Regierung hat ja selbst die Vorzüge der Amtsverfassung anerkannt, und ich müßte sehr irren, wenn der jetzige Oberpräsident von Hannover sie nicht ebenfalls vorzieht. Wie die übrigen Organe sich darüber geäußert haben, ist uns nicht gesagt worden; den Provinziallandtag kann ich aber für diese Frage nicht als Schlussinstanz ansehen, und weiß auch gar nicht, ob er überhaupt darüber abgestimmt hat, ob die Kreisordnung oder die Amtsverfassung gleichmäßiger ist. — Ich glaube ja gern, daß der Herr Minister aus vollster Überzeugung handelt, aber ich kann als Vertreter der Provinz nicht zugetrieben, daß bei der Einführung Hannovers in der allgemeinen Staatsverband eine Lücke geblieben sei. Wenn wir in unserer Verwaltung keine Schablone schaffen wollen, so können wir wohl bei dem bleiben, was wir haben; — aber man muß dies definitiv feststellen und das Provisorium aufheben. Ich behalte mir daher bis zum Schlusse der Diskussion meine Entscheidung vor. Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Das Haus tritt in die Berathung über die für die Provinz Hannover zu bildenden Kreise.

Das Zeichenbild der Kreise für die Provinz Hannover wird in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso das Zeichenbild der Wahlbezirke für Wahlen zum Hause der Abgeordneten in der Provinz Hannover nach der Kommissionsvorlage.

Hierauf wird § 1–23 in der Fassung der Kommission mit unerheblichen redaktionellen Änderungen genehmigt, worauf das Haus die Fortsetzung der Debatte auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Schluz 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 19. Febr.

— Man schreibt uns aus Berlin, 19. Februar: Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, ist der der Person Kaiser Wilhelms attackirte kaiserlich russische General a la suite, Generalmajor Fürst Dolgoruki, der Ueberbringer eines eigenhändigen Briefes des Czaren an den deutschen Kaiser, in welchem dem Wunsche einer Begegnung mit demselben und später mit Kaiser Franz Joseph von Österreich Ausdruck verliehen wird. Unser Kaiser war bereits im vorigen Jahre der gleichen Art durch Fürst Dolgoruki angeregten Begegnung mit Kaiser Alexander III., als dieser in Kopenhagen weilte, zugegen und waren bereits die Dispositionen zu einer solchen in Kiel gegeben. Nichtdestoweniger kam eine Entrevue damals nicht zu Stande, weil, wie die Offiziere verluden, dem Reichskanzler die ihm aus Petersburg gegebene Erklärung über die Truppenansammlungen nicht genügte. Wie man hört, ist alle Aussicht vorhanden, daß der Wunsch des Czaren sich erfüllen dürfte, da sowohl der Reichskanzler wie der Kriegsminister von den durch den Fürsten Dolgoruki abgegebenen Erklärungen vollständig befriedigt sein sollen.

C. Die heutige Debatte über die hannoversche Kreis- und Provinzial-Ordnung, deren Schicksal man allseitig als wichtig für die Uebertragung der Verwaltungsreform auf die westlichen Provinzen überhaupt betrachtet, hat noch keinen Schluz auf das Endergebnis gestattet, da die kritischen Paragraphen erst morgen an die Reihe kommen. Herr Windthorst, der sich heute stellte, als ob ihm Alles auf die Amtsvorsteher ankomme, operirt in Wahrheit, sofern er das Zustandekommen des Gesetzes nicht überhaupt verhindern kann, in zweiter Reihe nur darauf hin, die ständische Zusammensetzung des Provinzial-Landtages, und somit eine starke Vertretung der welfischen Großgrundbesitzer in denselben, beizubehalten. Gleich allen Liberalen, sind auch die Freikonservativen gegen diesen Kommissions-Vorschlag; Herr v. Puttkamer hat es in der Hand, durch eine entschiedene Erklärung dagegen die ursprüngliche Regierungsvorlage zu retten, während er durch Liebäugeln mit der ständischen Beliebtheit das Scheitern herbeiführen kann.

— Durch seinen jetzigen Leibarzt, Dr. Schwenninger von München, hat sich Fürst Bismarck angeblich bestimmt, noch längere Zeit in Friedrichsruh zu verbringen. Von einer Anteilnahme an den Verhandlungen des Landtages kann also vorläufig keine Rede sein.

— Der kaiserl. russische Militärbevollmächtigte am hiesigen Hofe, General-Major a la suite Fürst Dolgoruki, ist aus Friedrichsruh, wohin er sich nach seiner Rückkehr aus Russland begeben hatte, nach Berlin zurückgekehrt.

— Seit einigen Tagen zirkulieren in Abgeordnetenkreisen Gerüchte, denen zufolge die Rückberufung auch des Erzbischofs Melchers nicht unmöglich wäre. Nach der entschiedenen Erklärung des Ministers von Goßler ist aber an eine solche Möglichkeit nicht zu denken.

— Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Entwurf eines Gesetzes, betreffend Ergänzung und Änderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben lautet folgendermassen:

A. Gemeindebesteuerung des Einkommens der juristischen Personen u. und Foren. § 1. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften, eingetragene Genossenschaften, deren Geschäf-

betrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, und juristische Personen, insbesondere auch Gemeinden und weitere Kommunalverbände, unterliegen in Gemeinden, in welchen sie Grundbesitz haben, Pachtungen, stehende Gewerbe, Eisenbahnen oder Bergbau betreiben, hinsichtlich des aus diesen Quellen stehenden Einkommens den auf das Einkommen gelegten Gemeindeabgaben.

Bis zur anderweitigen Regelung der Heranziehung des Staatsfiskus zu den auf das Einkommen gelegten Gemeindeabgaben in Verbindung mit der Überweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände unterliegt der Staatsfiskus diesen Abgaben bezüglich des Einkommens aus den von ihm betriebenen Gewerbe-, Eisenbahn- und Bergbauunternehmungen, sowie den Domänen und Forsten.

Der im Absatz 1 gedachten Abgabepflicht unterliegen auch physische Personen, welche in Gemeinden, ohne daselbst einen Wohnsitz zu haben, oder sich länger als drei Monate aufzuhalten, Grundbesitz haben, Pachtungen, stehende Gewerbe, Eisenbahnen oder außerhalb einer Gewerkschaft Bergbau betreiben (Forsten).

§ 2. Ein die Abgabepflicht nach § 1 begründender Pacht-, Gewerbe- oder Bergbaubetrieb ist in den Gemeinden anzunehmen, in welchen sich der Sitz, eine Zweigniederlassung, eine Betriebs- oder Verkaufsstätte oder eine solche Agentur des Unternehmens befindet, welche ermächtigt ist, Rechtsgeschäfte im Namen und für Rechnung des Inhabers beziehungsweise der Gesellschaft selbständig abzuschließen. Der Eisenbahnbetrieb unterliegt der Abgabepflicht in den Gemeinden, in welchen sich der Sitz der Verwaltung (beziehungsweise einer Staatsbahnverwaltungsbehörde), eine Station oder eine für sich bestehende Betriebsstätte befindet.

Jeder abgabepflichtige Grundstückkomplex des Staatsfiskus, sowie jede abgabepflichtige Unternehmung derselben gilt in Beziehung auf die Abgabepflicht als selbständige abgabepflichtige Person. Was als selbständige gewerbliche oder Bergbauunternehmung des Staatsfiskus zu betrachten ist, segt die zuständige oder Verwaltungsbehörde fest.

§ 3. Bei Ermittlung des jährlichen Reineinkommens ist, sofern sich nicht aus den §§ 4 bis 6 ein Anderes ergibt, nach den für die Einschätzung zur Staats-Einkommensteuer geltenden Grundsätzen zu verfahren. Bezüglich des Reineinkommens aus Bergbauunternehmungen gilt dies mit der Maßgabe, daß die der jährlichen Berringerung der Substanz entsprechenden Abschreibungen zu den Ausgaben gerechnet werden.

Die Vorstände der abgabepflichtigen Gesellschaften und Unternehmungen sind verpflichtet, den abgabeberechtigten Gemeinden auf Verlangen über die Höhe des Jahresgewinnes die erforderliche Auskunft zu geben.

Insofern eine Einschätzung zur Staatseinkommensteuer stattzufinden hat, ist das Ergebnis derselben für die Gemeindebesteuerung maßgebend.

§ 4. Als Reineinkommen der Privateisenbahnunternehmungen gilt der nach Verordnung der Gesetze vom 30. Mai 1853 (Gesetzesamml. S. 449) und 16. März 1867 (Gesetzesamml. S. 465) beabs. Erhebung der Eisenbahnabgabe für jede derselben ermittelte (beziehungsweise zu ermittelnde) Überschuss abzüglich der Eisenbahnabgabe — mit der Maßgabe, daß bei der Berechnung nach dem Gesetz vom 16. März 1867 die zur Verrechnung und planmäßigen Tilgung der etwa gemachten Anleihen erforderlichen Beträge als Ausgabe mit in Rechnung gebracht werden dürfen. Die sich danach ergebenden abgabepflichtigen Beträge sind von den Staatsaufsichtsbehörden alljährlich durch Resolut endgültig festgestellt und öffentlich bekannt zu machen.

§ 5. Die gesammten Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen sind als eine abgabepflichtige Unternehmung anzusehen.

Als Reineinkommen gilt der rechnungsmäßige Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben mit der Maßgabe, daß unter die Ausgaben eine prozentuale Verzinsung des Anlage beziehungsweise Erwerbskapitals nach der amtlichen Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen zu übernehmen ist. Der sich danach ergebende abgabepflichtige Gesamtbetrag ist durch Resolut des Reformministers alljährlich endgültig festzustellen und öffentlich bekannt zu machen.

§ 6. Das Reineinkommen aus fiskalischen Domänen und Forsten ist für die einzelnen Eigenschaften aus dem Grundsteuerertrag nach dem Verhältnis zu berechnen, in welchem der in der betreffenden Provinz aus den Domänen- und Forstgrundstücken erzielte etatmäßige Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben unter Berücksichtigung der auf denselben ruhenden Verbindlichkeiten und Verwaltungskosten zum Grundsteuerertrag steht.

Das Verhältnis ist durch Resolut des Reformministers alljährlich endgültig festzustellen und öffentlich bekannt zu machen.

B. Vermeidung von Doppelbesteuerungen.

§ 7. Die Vertheilung des der Einkommensbesteuerung nach § 1 unterliegenden Einkommens aus einem sich über mehrere Gemeinden erstreckenden Gewerbe-, Bergbau- oder Eisenbahnbetriebe erfolgt, sofern nicht zwischen den beteiligten Gemeinden und dem Abgabepflichtigen ein anderweiter Vertheilungsmastab vereinbart ist, in der Weise, daß:

a) bei Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäften derjenigen Gemeinde, in welcher die Leitung des Gesamtbetriebes stattfindet, der zehnte Theil jenes Einkommens vorab überwiegen, dagegen der Überrest nach Verhältnis der in den einzelnen Gemeinden erzielten Bruttoeinnahme vertheilt;

b) in den übrigen Fällen das Verhältnis der in den einzelnen Gemeinden erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen einschließlich der Lantiemen des Verwaltungs- und Betriebspersonals zu Grunde gelegt wird. Erstreckt sich eine Betriebsstätte, Station etc., innerhalb deren Ausgaben an Gehältern und Löhnen erwachsen, über den Bezirk mehrerer Gemeinden, so kommen die verausgabten Beträge für die einzelnen Gemeinden nach dem Verhältnis desjenigen Flächenraums in Rechnung, welchen die betreffende Betriebsstätte, Station etc. in jeder dieser Gemeinden einnimmt.

§ 8. Die Ermittlung der in dem § 7 gedachten Ausgaben an Löhnen und Gehältern beziehungsweise der Bruttoeinnahmen der Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäfte erfolgt in dreijährigem Durchschnitt nach Einsicht eines den abgabeberechtigten Gemeinden von dem Unternehmer beziehungsweise Gesellschaftsvorstande jährlich mitgetheilten Vertheilungsplans. Derselbe ist bezüglich der Staatseisenbahnen (§ 5) für jeden Direktionsbezirk besonders aufzutellen.

§ 9. Bei Einschätzung der nach § 1 Absatz 3 abgabepflichtigen Personen zur Einkommensbesteuerung in ihren Wohnsitzgemeinden ist derjenige Theil des Gesamteininkommens, welcher aus außerhalb des Gemeindebezirks belegem Grundentgelt oder außerhalb des Gemeindebezirks stattfindendem Pacht-, Gewerbe-, Eisenbahn- beziehungsweise Bergbaubetrieb fließt, außer Berechnung zu lassen.

§ 10. Personen, welche wegen eines mehrfachen Wohnsitzes oder eines den Zeitraum von drei Monaten übersteigenden Aufenthalts in mehreren Gemeinden zu Einkommensteuern beizutragen verpflichtet sind, dürfen in jeder dieser Gemeinde nur von einem der Zahl derselben entsprechenden Bruchteil ihres Gesammt-Einkommens herangezogen werden. Doch werden diejenigen Wohnsitzgemeinden, in welchen der Abgabepflichtige beziehungsweise seine Familie sich im Laufe des vorangegangenen Jahres überhaupt nicht oder kürzere Zeit als zwei Monate aufgehalten haben, hierbei nicht mitgezählt.

C. Steueroptimierung der Beamten.

§ 11. Der Schlusshaf des § 8 des Gesetzes vom 11. Juli 1822 (Gesetzesamml. S. 184), sowie der auf diesen Schlusshaf bezügliche Theil der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 14. Mai 1832 (Gesetzesamml. S. 145) und der § 8 der Verordnung vom 23. September 1867 (Gesetzesamml. S. 1848) treten außer Kraft.

D. Allgemeine Bestimmungen.

§ 12. Insofern juristische Personen, Gesellschaften etc. zur Errichtung der in den Kreisen beziehungsweise Provinzen vom Einkommen

erhobenen Abgaben verpflichtet sind, oder physische Personen in verschiedenen Kreisen, beziehungsweise Provinzen solchen Abgaben unterliegen, kommen bei Veranlagung derselben die Grundsätze der §§ 2 bis 10 gleichmäßig zur Anwendung.

§ 13. Dieses Gesetz tritt mit dem in Kraft. Alle demselben entgegenstehenden Bestimmungen werden von diesem Zeitpunkte ab aufgehoben.

Insbesondere treten auch außer Kraft das Regulativ wegen Unterhaltung der durch Staatswaldungen in der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz führenden öffentlichen Wege vom 17. November 1841 (Gesetzesamml. S. 405) und die Bestimmungen in § 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 1879 (Gesetzesamml. S. 635), in § 9 des Gesetzes vom 14. Februar 1880 (Gesetzesamml. S. 20) und in § 10 des Gesetzes vom 28. März 1882 (Gesetzesamml. S. 21), insoweit sie die Erhebung von Gemeindeabgaben betreffen.

§ 14. Die Minister des Innern und der Finanzen sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Wien, 18. Febr. Die "Budapester Korrespondenz" berichtet aus Wien: Kronprinz Rudolf und Kronprinzessin Stephanie treten, wie wir erfahren, Mitte März eine längere Lustreise nach dem Orient an. Das kronprinzliche Paar wird sich, von seinem Hofstaat begleitet, zuerst direkt nach Konstantinopel, von dort nach mehrtägigem Aufenthalt wieder über Barna zurückkehrend, nach Bukarest und sodann von Bukarest über Turn-Severin mittels Dampfschiffes durch das Eisene Thor und den Kasan nach Belgrad begeben.

Wien, 19. Febr. Das Abgeordnetenhaus beschloß, nachdem der Handelsminister die Einwürfe Herbst's widerlegt hatte, in die Spezialberathung der Vorlage betreffend die Verstaatlichung der Franz-Josephsbahn, der Rudolfsbahn und der Vorarlberg-Bahn einzutreten. Bareuther beantragte die Regierung aufzufordern wegen des Ankaufs der über die Grenze reichenden Strecken der bayrischen Bahnen mit der bayrischen Regierung in Verhandlung zu treten.

Christiania-Stockholm. In Sachen des norwegischen Verfassungskreises erhält die "Bots. Btg." von Björnsteine Björnson einen Brief, der in der Haupsache wie folgt lautet:

1) Der gegenwärtige Kampf ist seiner ganzen Entwicklung nach eigentlich ein Nationalkampf, in welchem die Bürokratie und die Großhändler — zum größten Theile fremder Herkunft — der Selbstregierung des norwegischen Volkes widerstreiten. Es hat im Laufe der Zeit in Norwegen viele Republikaner geschaffen; diese haben sich aber weder zu einer Partei zusammengetan, noch ist aus den Neuerungen irgend eines hervorragenden Mitgliedes der Linken nachgewiesen, daß der Kampf überhaupt republikanische Tendenzen verfolgt.

2) Er dreht sich ausschließlich um folgende drei Punkte: a. Hat der König in Sachen des norwegischen Grundgesetzes ein absolutes Veto, obwohl dieses Gesetz mit seiner Silbe eines solchen Rechtes erwähnt; b. hat der König ein Veto in Bewilligungssachen, obwohl dies im Grundgesetz ebensowenig erwähnt ist und c. darf er einen Besluß des Stortings in zwei Theile zerlegen, den einen sanktionieren den andern verwerfen?

3) Da die Königsmauth sich nun seit mehr als zwanzig Jahren geweigert hat, sich den Wahlen zu unterwerfen — bei der letzten batte sie von 114 Abgeordneten nur etwa 20 für sich — wurde das Reichsgericht notwendig. Durch allerlei Kunstgriffe hat nun die Regierung diesen Prozeß ein halbes Jahr lang in der Schwebe erhalten, und wahrscheinlich hat sie noch nicht die Mittel erschöpft, um ihn auch fernerhin in die Länge zu ziehen. Und das, obwohl das Gesetz eine summarische Behandlung ausdrücklich fordert. Man kann heraus auf die Moral der Partei schließen.

4) Wenn in ausländischen Zeitungen aus Christiania oder Stockholm geschrieben wird, als ob der König das Urteil des Reichsgerichts nicht respektieren würde, sobald die Handlungen nicht mehr in die Länge gezogen werden können, muß ich mittheilen, daß dies offenbar nicht in Übereinstimmung mit dem von mir geschriebenen sein kann. Denn dieser weiß eben so gut wie ich, daß sich die Norweger, um auf alle Fälle gerüstet zu sein, auch hierauf vorbereitet haben. Das norwegische Volk würde sich in demselben Augenblide seines Eides ledig fühlen. Sollte man nach einer solchen Katastrophe noch fernerhin eine Vereinigung mit Schweden wünschen, dann müßte das selbstverständlich mehr auf andere Bedingungen als die des gemeinschaftlichen Königthums sein.

5) An diesem Kampfe habe ich meinen Anteil gehabt und habe ihn noch, niemals aber bin ich, wie mitgetheilt worden ist, Mitglied des Stortings gewesen, auch habe ich kein anderes Amt nachgesucht oder innegehabt.

6) Ich habe mit König Oskar II. keinen persönlichen Streit gehabt. Als mir einmal erzählt wurde, daß er sich in einer offiziellen Gesellschaft einem Reichstagsgesetz gegenüber in lauter Weise unvorteilhaft über meinen Charakter ausgesprochen habe, schrieb ich dem norwegischen Staatsminister einen höflichen Brief. Das ist alles. Die Sache wurde von einer konservativen Zeitung veröffentlicht, so daß ich nicht einmal daran die Schuld trage.

7) Man hat nachzuweisen versucht, daß ich "den König und sein Haus hasse und verfolge", und zwar aus dem Umstande, daß ich nach Landen und Napoleon I. erzählt habe, daß das Geschlecht Bernadotte wahrscheinlich jüdischer oder marokkanischer Herkunft sei. Aber ich bin nicht Antisemit. Ich habe mich niemals über das jüdische Volk oder seine Stammverwandten in herabmündender Weise geäußert. Ich habe gesagt (und sage es noch), daß es hübscher gewesen wäre, wenn ein Geschlecht, welches nur ein paar Glieder zurück aus den niederen und verfolgten Schichten des Volkes hervorgegangen ist, diesen seine Symphatie bewahrt hätte, statt mit denjenigen zu harmonisieren, welche im Besitz althergebrachter, erblicher Rechte und indischer Glücksgüter sind: Hochtoras, Hochlegitimen und Königthum von Gottes Gnaden. Ich habe gesagt (und sage es noch), daß es ein Kennzeichen eines stärkeren, tüchtigeren Stammes gewesen wäre, wenn die Geschlechtereigentümlichkeiten in der Treue gegen die Demokratie unauslöschlich gewesen wären.

Diese Auffassung der gegenwärtig im akuten Stadium befindlichen Verfassungstreitigkeiten wird von der "Bots. Btg." als ansehbar bezeichnet, denn: die Vereinigung von Schweden und Norwegen beruht auf internationalen Verträgen, schon dadurch ist die einseitige Beschlußfassung des Stortings in Christiania über eine eventuelle Löschung dieses Verhältnisses rechtlich unwirksam. Diese verfassungsmäßige Macht des Stortings kann nicht dahin ausgedehnt werden, daß der König gar kein Recht gegen Beschlüsse habe, die sein Recht zu vernichten oder aufzuheben geeignet sind.

Paris, 18. Febr. Blakate, unterzeichnet von einem angeblichen Exoberst und einem Exhauptmann, forderten beschäftigungslose Arbeiter auf, sich für die Kolonialarmee anwerben zu lassen. Die Polizei stellte fest, daß die Regierung diesem Unternehmen fernstehe, und es sich um Anwerbungen für anarchistische Zwecke handle. — Der Kriegerenauauschuss setzte seine Vernehmungen fort. Die Porzellanarbeiter klagen den

Frankfurter Vertrag an, der überhaupt wie ein Restain in allen Aussagen widerlehrt. Die Tapetiere fordern die Intervention der Regierung, weil man jetzt im Auslande nicht mehr wie früher französische, sondern einheimische Dekorateure verwendet.

Petersburg, 18. Febr. Man schreibt der "Polit. Corr." von "besonderer Seite":

Es flößt in unseren diplomatischen Kreisen große Besiedigung ein, zu sehen, daß die Ernennung des Fürsten Orlov zum Botschafter in Berlin im ganzen und großen jener Auffassung begegnet, welche in der That die einzige ist, die ihr gerechtfertigter Weise entsprechen kann. Obgleich die Beziehungen zwischen den Kabinetten in Berlin und Petersburg in den letzten Jahren stets vortrefflich waren, hat es doch nicht an Momenten gefehlt, wo die argwohnischen Besiedigungen auch höhere Kreise zu erfassen drohten. Nach dem ersten Besuch des Herrn v. Giers in Berlin und Wien war eine wohlthätige Verbilligung jener ziemlich pessimistischen Anschaunungen eingetreten, welche die öffentliche Meinung Europa's bis dahin konsequent, obwohl mit Unrecht alarmirt hatten; allein sie erwies sich nur als eine Pause von kurzer Dauer und bald tauchten die alten politischen Geheimnisse auf's Neue auf. Nun, wo ein zweiter Besuch des Herrn v. Giers in Friedrichruhe und Wien die Luft abermals von Misstrauen gereinigt und falsche Besiedigungen gelöst hat, muß es im russischen nicht minder, als im allseitigen Interesse liegen, daß dieses wertvolle Ergebnis besser und länger gewahrt bleibe, als das erste Mal. Indem das russische Kabinett den Fürsten Orlov nach Berlin entendet, einem Mann, der nicht minder das Vertrauen der maßgebenden Kreise in Berlin, als in Petersburg besitzt, thut es wohl einen glücklichen Schritt um der Wiederkehr jener misstrauischen Stimmungen, welche sich immer und immer wieder in der beiderseitigen Meinung zur Geltung zu bringen suchen, vorzubeugen und leistet so der Sache nicht sowohl des Friedens, der niemals bedroht war, als des allgemeinen Vertrauens in den Frieden einen Dienst, den man in der europäischen Presse sehr richtig erkennt und würdig. Die russische Politik wird nun sowohl in Berlin als in Wien in Händen ruhen, von welchen selbst der ergänzlichste Skeptiker wird zugeben müssen, daß sie die Gefahr einer Verwirrung der Fäden schlechterdings ausschließen.

Petersburg, 18. Febr. Bei dem deutschen Botschafter von Weinits fand heute zu Ehren des Fürsten Orlov ein Diner statt, an welchem u. A. der Minister des Außen, von Giers, Fürst Dondukov-Korsakow, der Oberhofmarschall Narischkin, Graf Ignatiew, sowie zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Körpers teilnahmen.

Vermitteles.

* Zur Physiologie des Schmerzes. Professor Paolo Mantegazza legte es sich zur Aufgabe, die Physiologie des Schmerzes zu studiren, und schrieb nachher über die Ergebnisse seiner Studien ein Werk: "La Fisiologia del Dolore" (Florenz 1880). Um den Schmerz gründlich zu studiren, hielt er es für notwendig, bei Thieren den denkbaren bestigsten Schmerz hervorzubringen, und erfaßt, um diesen Zweck erreichen, verschiedene Methoden. Eine derselben, die er vorztrefflich fand, bestand darin, daß er „schwarze und zahlreiche Nadeln durch die Füße der Thiere bohrte, so daß das Thier dadurch fast bewegungslos wurde, da es bei jeder Bewegung seine Quallen noch weit heftiger gefühlte haben würde.“ Weiterhin bemerkte er, daß, um noch intensivere Schmerzen zu erregen, er sich entzündet gewordene Wundungen bedient habe. Ferner ersann er und brachte mit Hilfe eines geschickten Instrumentenmachers in Mailand eine Maschine zu Stande, welche in seinem Buch abgebildet ist, und welche es ihm ermöglichte, jeden Theil eines Thieres mit gezähnten eisernen Zangen zu zwickn, dasselbe zu zerquetschen, zu zerreißen, und in die Höhe zu heben, „so daß in jeder nur denkbaren Weise Schmerz erzeugt wird.“ Die erste Reihe seiner Experimente verliefen Signore Mantegazza an 12 Thieren, namentlich an Kaninchen und Meerschweinchen, von denen einige trächtig waren. Eines derselben, „welches höchstträchtig war“, wurde dem „dolor acutissimi“ (den bestigsten Schmerzen) ausgesetzt; es war unmöglich, weitere Beobachtungen daran zu machen, da es in starke Krämpfe verfiel. Für die zweite Reihe der Experimente wurden 28 Thiere bestimmt, die man zum Theil von dem Säugling ihrer Jungen fortnahm; sie wurden ein oder zwei Stunden gequält, dann ließ man sie eine Stunde ruhen, um sie darauf wieder in die Maschine zu thun, in der sie vor dem Professor noch einmal während eines Zeitraums von 2-6 Stunden zerquetschen und zerquetscht wurden. In der Tabelle, welche diese Experimente zusammenfaßt, sind die Ausdrücke „molto dolor“ (starker Schmerz) und „crudeli dolor“ (grausame Schmerzen) sorgfältig unterschieden; letztere Bezeichnung ist augenscheinlich für die Fälle vorbehalten, in denen die Thiere, wie der Professor es ausdrückt, mit Nadeln (lardellati di chiodi.) Endlich teilte der Verfasser (S. 27) noch mit, daß alle diese Experimente „con motto amors e pazienza“ (mit viel Liebe zur Sache und viel Geduld) unternommen wurden.

Telegraphische Nachrichten.

München, 19. Febr. Die Abgeordnetenkammer hat den Antrag des Ausschusses, wonach der Maßaufschlag von 6 Mt. fortzuerheben ist, mit 114 gegen 26 Stimmen angenommen.

Hamburg, 19. Febr. In der heutigen Ausschusssitzung der Berlin-Hamburger Eisenbahn wurde nach fast achtstündigem Berathen beschlossen, die Regierung offerte der auf den 31. März nach Ludwigslust einzuberuhenden Generalversammlung zur Annahme zu empfehlen.

Ludwigshafen, 19. Febr. Der Regierungs-Direktor v. Jäger, Direktor der Pfälzischen Ludwigsebahn, ist heute früh im Alter von 70 Jahren plötzlich gestorben.

Strasburg i. E., 19. Febr. Der Landesausschuss nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Verschmelzung der bisherigen drei Steuerdirektionen in Elsaß-Lothringen in eine mit dem Amtsbezirk in Strasburg in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 22 Stimmen an.

Paris, 19. Febr. Die Verzinsung des Schatzbons, deren Verschuldung ein Jahr nicht übersteigt, ist wie folgt festgesetzt worden: Schatzbons von 3 bis 6 Monaten werden mit $\frac{1}{2}$ pCt., solche von 6 bis 11 Monaten mit 1 pCt. und Schatzbons von 1-jähriger Umlaufzeit mit $\frac{1}{2}$ pCt. verzinst. — Das "Journal officiel" veröffentlicht heute die näheren Details über die Reparation der jüngsten Rentenemission.

Paris, 19. Febr. Der König von Annam drückte in einem Telegramm an den Präsidenten Grévy seine Genugthuung über die Legung des Kabels aus. Gleichzeitig gab der König der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Vertrag mit einigen Milde rungen für Annam bald ratifiziert werden möge.

Madrid, 19. Febr. Die neue Kammer dürfte erst im Juni zusammentreten. Von bisherigen Inhabern der Opposition gehen der gegenwärtigen Regierung Geiüche um deren Unterstützung bei den Wahlen zu. Die ungehörte Fortdauer der Ruhe im Lande fördert die Anlage von Kapitalien in heimischen Werthen.

Rom, 19. Febr. Der hiesige Municipalrat hat beschlossen, den König zu seiner glücklichen Rückkehr zu beglückwünschen.

Belgrad, 19. Febr. Das neue Kabinett hat sich in der gestern gemeldeten Zusammensetzung mit folgender Abänderung definitiv gebildet: Gudovic übernimmt Bauten und interistisch Volkswirtschaft, der Justizminister Marinkovic übernimmt interistisch Unterricht, während der Gesandte in Rom, Kujandzic, zur eventuellen Übernahme dieses Portefeuilles hierher berufen ist. Pirotshanc hat dem neuen Kabinett seine Unterstützung zugesichert. — Der König hat an den früheren Ministerpräsidenten Christic ein Handschreiben gerichtet, in welchem er demselben für die ihm in gefahrloser Zeit geleisteten Dienste seinen Dank ausspricht.

London, 20. Febr. Im Unterhause zog Lawson sein Amendingen zurück. Hierauf wird Northcotes Tadelsvotum gegen das Kabinett mit 311 gegen 262 Stimmen verworfen. Die Barnetts stimmen mit der Minorität.

London, 20. Febr. Bradlaugh ist in Northampton mit 3922 Stimmen gegen Richards (konserватив) mit 3488 Stimmen wiedergewählt worden.

Hamburg, 19. Febr. Der Postdampfer "Wieland" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist heute Morgen 7 Uhr in Newyork eingetroffen.

Bremen, 18. Febr. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd "Hannover" ist am 18. d. M. in Montevideo eingetroffen.

Bremen, 19. Febr. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd "Oder" ist heute früh 7 Uhr in Newyork eingetroffen.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
19. Nachm. 2	762,1	O mäßig	heiter	+ 5,6
19. Abends. 10	759,2	O mäßig	heiter	+ 0,7
20. Morgs. 6	757,8	O schwach	wolkenlos	- 1,9

Am 19. Wärme-Maximum: + 5° Cels.

Wärme-Minimum: - 4°

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. Februar Morgens 2,32 Meter.
- 19. Mittags 2,30
- 20. Morgens 2,20

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 19. Febr. (Schluß-Course.) Fest.
Lond. Wechsel 20,482. Pariser do. 81,13. Wiener do. 168,35. R. M. S. A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 109. R. M. Pr. Anth. 126. Reichsb. 102. Reichsb. 148. Darmst. 154. Reining. Bl. 94. Ost.-ung. Bank 713,25. Kreditaktien 266. Silberrente 68. Papierrente 67. Goldrente 85. Ung. Goldrente 76. 1860er Loosse 119. 1864er Loosse 136,00. Ung. Staatsl. 222,00. do. Ost. Orl. II. 98. Böhm. Weltbahn 255. Elisabethb. — Nordwestbahn 153. Galizier 248. Franzosen 263. Lombarden 120. Italiener 93. 1877er Russen 91. 1880er Russen 73. II. Orientanl. 57. Zent. Pacific 110. Diskonto-Kommandit. — III. Orientanl. 57. Wiener Bankverein 94. 5% österreichische Papierrente 79. Buchterader. — Egypter 67. Gotthardbahn 96.

Türken 9. Edison 116. Lübeck-Büchener 156. Lothr. Eisenwerke. — Marienburg-Wlawka. —

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 266. Franzosen 263. Gähler 248. Lombarden 120. II. Orientanl. — III. Orientanl. — Gau 67. Gotthardbahn. — Spanier. — Marienburg-Wlawka. — 1880er Russen. —

Wien, 19. Febr. (Schluß-Course.) Fest. still.
Papierrente 79,75. Silberrente 80,55. Osterr. Goldrente 101,50. 5% ungar. Goldrente 121,80. 4% ungar. Goldrente 90,52. Sovra. ungar. Papierrente 87,95. 1854er Loosse 123,00. 1860er Loosse 185,70. 1864er Loosse 172,50. Kreditloose 173,00. ungar. Prämiens 115,70. Kreditaktien 308,80. Franzosen 311,00. Lombarden 142,90. Galizier 293,50. Raich.-Oderb. 146,50. Pardubitzer 149,00. Nordwestbahn 182,00. Elisabethbahn 229,70. Nordbahn 267,50. Osterr. Ung. Bank. — Kärl. Loosse 111,50. Anglo-Lustr. 113,50. Wiener Bankverein 106,80. Ungar. Kredit 311,00. Deutsche Bläse 59,35. Londoner Wechsel 121,50. Pariser do. 48,15. Amsterdamer do. 100,15. Napoleons 9,62. Dukaten 5,67. Silber 100,00. Marknoten 59,35. Russische Banknoten 1,17. Lemberg-Gernowiz. — Kronpr. Rudolf 178,00. Franz-Josef. — Dux-Bodenbach. — Böhm. Weltb. — Elbthalb. 188,70. Tramway 231,30. Buschreder. — Osterr. övros. Papier 95,05.

Nachbörsen: Ungarische Kreditaktien 307,75. österreichische Kreditaktien 306,50. Franzosen 311,00. Lombarden. — österr. Goldrente. — Silberrente. — 4% ungar. Goldrente 90,10. Galizier. — Elbthalbahn. — Nordbahn. — 5% österr. Papierrente. —

Wien, 19. Febr. Ungar. Kreditaktien 312,00. österreich. Kreditaktien 309,40. Franzosen 311,25. Lombarden 143,10. Galizier 294,00. Nordwestbahn. — Elbthalbahn 190,00. österr. Papierrente 79,75. österreich. Goldrente. — 4% ungar. Goldrente. — 5% do. Papierrente 87,95. 4% ungar. Goldrente 90,57. Marknoten 59,32. Napoleons 9,61. Wiener Bankverein 106,90. Fest.

Wien, 19. Febr. (Abendbörs.) Ungarische Kredit. — Aktien 310,25. österreichische Kreditaktien 308,40. Franzosen 311,30. Lombarden 142,90. Galizier 293,50. Nordwestbahn 182,00. Elbthalb. 188,25. österr. Papierrente 79,60. do. Goldrente 101,25. ungar. 6% do. Goldrente 121,80. do. 4% do. Goldrente 90,47. do. 5% do. Papierrente 87,95. Marknoten 59,37. Napoleons 9,62. Banverein 106,80. Still.

Paris, 19. Febr. (Schluß-Course.) Schwach.
3% amortisirb. Rente 77,20. 3% prozent. 75,95. 4% prozentige Anleihe 105,35. Italienische 5% Rente 92,35. Osterr. Goldrente 85. 6% ungar. Goldrente. — 4% ungar. Goldrente 75. 5% Russen de 1877 93. Franzosen. — Lombard-Eisenbahn-Aktien 313,75. Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. — Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. — Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 339. Ungar. Goldrente. — Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. —

Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. —

Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 339. Ungar. Goldrente. — Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. —

Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. —

Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 339. Ungar. Goldrente. — Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. —

Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. —

Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 339. Ungar. Goldrente. — Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. —

Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. —

Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 339. Ungar. Goldrente. — Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. —

Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. —

Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 339. Ungar. Goldrente. — Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. —

Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. —

Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 339. Ungar. Goldrente. — Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. —

Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. —

Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 339. Ungar. Goldrente. — Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. —

Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. —

Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 339. Ungar. Goldrente. — Lombard. Prioritent 294,00. Türkens de 1865 8,70. Türkensloose 42,00. III. Orientanlehe. —

Credit mobilier 325,00. Spanier neue 60. Suezkanal-Aktien 2022. Banque ottomane 649. Credit foncier 1227,00. Egypter 338,00. Banque de Paris 835. Banque d'escompte 520,00. Banque hypothecaire. — Bond. Wechsel 25,23. 5% ungar. Rumänische Anleihe. —

Foncier Egyptien 536,00.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Berlehr.) 3% prozent. Rente 76,35. 4% Anleihe 105,77. österr. Goldrente. — Italiener 92,42. Türkens 8,80. Türkensloose 42,25. Spanier 80. Egypter 33

